

Preußen.

Berlin, 24. August. [Mittags.] Se. Majestät der König hat dem Landrentmeister Kugbach zu Trier den Charakter als Geheimer Rechnungsrath verliehen.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] ist nach Erdmannsdorf abgereist.

Das dem Rittergutsbesitzer Harber zu Ransen unter dem 2. Mai 1866 ertheilte Patent auf eine nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannte Nähmaschine ist aufgehoben.

Berlin, 24. August. [Se. Majestät der König] nahmen gestern Vormittag die Vorträge des Kriegs-Ministers, des Chefs des Generalstabes der Armee und des Militär-Cabinetts entgegen, empfingen Se. königliche Hoheit der Kronprinz und ertheilten den königl. bairischen Minister v. d. Pfordten und Graf Bray eine Abschieds-Audienz. Se. Majestät der König besuchten demnächst die Verwundeten in der Charité und sprachen Allerhöchsthine Anerkennung über die Einrichtungen der Anstalt aus. Allerhöchstdieselben dinirten mit Sr. königl. Hoheit dem Kronprinzen allein.

Heute Vormittag fand abermals Vortrag des Militär-Cabinetts statt. Um 11 Uhr nahmen Se. Majestät, umgeben von den hier anwesenden Prinzen des königlichen Hauses und der Generalität, die Parade über die Berliner Garnison unter den Linden ab. Nach Beendigung derselben waren die Generale und Stabs-Offiziere, welche in der Parade gestanden hatten, zum Dejeuner im königlichen Palais befohlen.

Koblenz, 23. August. [Ihre Majestät die Königin] hat nach einigen nöthigen Rubetagen die Theilnahme, welche Allerhöchstdieselbe allen Hilfsbedürftigen widmet, durch den Besuch bei den Reconvallescenten und Verwundeten im Hospital zu Ehrenbreitstein, so wie durch Ihre Mitwirkung bei dem hiesigen Frauenverein für die Verpflegung der Zurückgebliebenen des stehenden Heeres und der Landwehr bethätigt.

In dem königlichen Schlosse verweilte seit gestern die verwitwete Fürstin von Sayn-Wittgenstein, heute trifft hieselbst Se. königl. Hoheit der Fürst von Hohenzollern zum Besuch ein. Gestern ertheilte Ihre Majestät die Königin Sr. Eminenz dem Cardinal von Reischach eine Audienz.

O. K. C. [Commission für das Reichswahlgesetz.] Heute Vormittag hatte die Commission zur Prüfung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes ihre dritte Sitzung, welcher als Regierungs-Commissare der Wirkl. Legationsrath Heple und für das Ministerium des Innern der Abg. Graf zu Eulenburg beizuhören. Die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung gab zu einer Controverse Anlass, deren endgiltige Entscheidung bis zur definitiven Feststellung des ganzen Gesetzes verlagert worden ist. Es war nämlich das Article 2 des § 4: „Verhältnisse oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl nicht aus“ in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen und diese Thatsache zugleich mit der von dem Vorstehenden, Abg. Simon, hinzugefügten Interpretation in das Protokoll übergegangen, daß auch Ehrenstrafen von der Wahl nicht ausschließen. Nicht in das Protokoll aufgenommen war aber die widersprechende Auffassung des Regierungs-Commissars, Grafen zu Eulenburg, daß nach der Ansicht der Regierung der Verlust der Ehrenrechte allerdings von der Wahl ausschließe. Diese Differenz wird, wie gesagt, erst später ihre Erledigung finden.

Alsdann ging die Discussion über zu dem § 5 („Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in den Reichstag keines Urtheils“). Dazu hat der Referent, Abg. Zweiten, folgenden Zusatz beantragt: „Der Reichstag prüft die Vollmacht seiner Mitglieder und entscheidet über ihre Zulassung. Er regelt seine Geschäftsordnung und Disciplin. Kein Mitglied des Reichstags darf wegen der in Ausübung seines Amtes gethanen Handlungen oder wegen seiner Abstammung außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

Reg.-Commissar Graf zu Eulenburg: Die Regierung erachtet eine solche Stellung der Versammlung und der einzelnen Abgeordneten als selbstverständlich, halte aber das Wahlgesetz nicht für die geeignete Stelle, solche Bestimmungen auszusprechen. Die Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Vertretung des Landes habe sich nur auf das Recht Privatjuristen zu verfahren, bezogen. Bestimmungen, welche die vorgeschlagenen, gebühren in die Verfassung. Auf sei zu erwägen, daß die Verfassungsbestimmungen in Betreff der beschränkten und unbefruchteten Redefreiheit in den verschiedenen deutschen Staaten verschieden seien, und es sich hier darum handle, ein für alle Staaten gültiges Wahlgesetz abzufassen.

Für das Amendement Zweiten erklärten sich die Abgg. Groote, Lette, Fied, John (Rabiau) und Löwe, weil die neue Verfassung zusammenfasse ohne die Grundlage einer Verfassung, in welcher die notwendige Rechtsgarantie gegeben sei.

Der Abg. Lette berührte die Frage in Betreff der Stellvertretungskosten der Abgeordneten, und wies auf das Bedenken der Wiederkehr derselben Verhältnisse hin, welche im Kreise der preussischen Landesvertretung empfunden worden sind.

Der Reg.-Commissar Heple wies dieses Mißtrauen, das aus den preussischen parlamentarischen Ergebnissen hervorgegangen, als für den Reichstag nicht zutreffend zurück, und es dürfte auf die Stimmung der übrigen deutschen Staaten nicht übertragbar werden.

Abg. Löwe: Gerade mit Rücksicht auf die annexirten Staaten, die nach der Rechtsauffassung der preussischen Regierung und, wie er hier erfahren, vieler Reichstagsmitglieder, durch die Befestigung ihrer Fürsten aus ihre Verfassungen und damit das Organ zur Geltendmachung des Rechts verloren haben, habe das preussische Abgeordnetenhaus eine Grenzpflicht dadurch zu üben, daß es für die volle Rechtssicherheit der neuen Versammlung und ihrer Mitglieder Sorge trage.

Der Abg. Reichensperger sprach sich sehr lebhaft und ausführlich zu Gunsten des Zweiten Amendements aus und erinnerte daran, daß die die Möglichkeit vorhanden sei, für nicht preussische Abgeordnete von der preussischen Staats-Anwaltschaft für ihre Aeußerungen im Reichstage verfolgt zu werden.

Der Vorstehende, Abg. Simon, schloß sich dieser Auffassung ebenfalls an und sprach die Erwartung aus, daß das Staatsministerium noch vor Erlass des Wahlgesetzes andere befriedigende Erklärungen in Betreff der verlangten Garantien abgeben werde. Er empfahl das Amendement ein besonderes Geheiß neben dem Wahlgesetz für überflüssig.

Bei der Abstimmung wird § 5 mit dem Amendement Zweiten angenommen.

Zu § 6, der von den Wahlkreisen handelt, hat der Abg. Groote folgenden Amendement beantragt: „Die Wahlkreise müssen mit den für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gebildeten Wahlkreisen zusammenfallen.“

Der Regierungs-Commissar, Graf zu Eulenburg, bemerkte dazu, daß die Regierung bei der Bildung der Wahlkreise für das Parlament sich, soweit als möglich, an die für das Abgeordnetenhaus bestehenden Wahlkreise angeschlossen werde, daß aber die Forderung des Hrn. Antragstellers in ihrem vollen Umfang unerfüllbar sei, da in Preußen bisher 176 Wahlkreise existirten und 193 Abgeordnete für den Reichstag zu wählen seien. Es restirten somit 17 Abgeordnete, für welche eine Modification der bestehenden Wahlkreise unerlässlich sei.

Schließlich wurde der § 6 der Reg.-Vorlage mit Einickhaltung der geperrt gedruckten Worte, die der Abg. Lette beantragte, ohne das Amendement Groote in folgender Fassung angenommen:

„Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesamtbevölkerung des Staates wird vollen 100,000 Seelen gleich gerechnet. Jeder Abgeordnete ist in einem besonderen Wahlkreise zu wählen.“

Zu § 7 („Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt“) wurden von den Abgg. Lette, Hinrichs und

Groote Amendements beantragt, um die Zahl der Wähler in den Wahlbezirken festzustellen. Gegen derartige Bestimmungen erklärten sich der Referent, Abg. Zweiten, die beiden Vorstehenden Simon und Löwe und der Abg. Hammacher, weil sie es für unmöglich hielten, den tendenziösen Einfluß der Beamten durch solche Bestimmungen wirksam entgegen zu treten, da von der Art der Ausführung derselben doch schließlich Alles abhängt. Auch trafen die angeregten Bedenken eher bei der indirecten, als bei der directen Wahl zu. Regierungs-Commissar Graf zu Eulenburg erklärte, daß die Regierung sich auch bei der Eintheilung der Wahlbezirke für die Reichstagswahlen an die bereits bestehenden anzuschließen Billens sei, aber die Frage noch nicht als abgeschlossen betrachte. Die bestehenden Bezirke schwanken zwischen 750 und 1750 Wählern. In Belgien seien die Bezirke nicht unter 200 und nicht über 600 Wähler stark.

Die Commission lehnte schließlich sämtliche Amendements ab, und nahm den § 7 der Vorlage unverändert an.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

O. K. C. [Der Bericht der Budget-Commission] über die Vorlage, betreffend die Indemnität und den Credit von 154 Millionen für das Jahr 1866, ist durch den Referenten Abg. Zweiten so weit gefördert, daß er in den ersten Tagen der nächsten Woche zur Vertheilung kommen und die Discussion in Plenum am Schluß derselben Woche stattfinden kann. Unserem letzten Bericht über die Sitzung der Budgetcommission vom 21. d. M. fügen wir ergänzend noch folgendes zu: der Abg. Krieger (Berlin) regte die Frage an, ob die in dem Amendement Zweiten Art. 1 in Bezug genommene Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für die Jahre 1862–65 zuvor einer Prüfung durch eine Subcommission zu unterlegen sei, wofür sich im Fall der Annahme des Zweiten Vortrages die Abgg. Dr. Birchow u. A. aussprachen. Der Abg. Krieger ließ jedoch das ererbene Bedenken fallen, da sich ergab, daß die fraglichen Uebersichten, und zwar einschließlich des Jahres 1865, lediglich rechnungsmäßig festgestellte Zahlen enthielten.

O. K. C. [Die Adresse.] Gestern Nachmittag 3 Uhr ist seitens des Präsidiums des Abgeordnetenhauses bei Sr. Majestät dem Könige angefragt worden, wann die Ueberreichung der Adresse des Hauses stattfinden dürfte. Bis heute Mittag hatte das Präsidium noch keine Mittheilung deshalb erhalten; doch nimmt man an, daß die Deputation am Sonntag empfangen wird.

O. K. C. [Die besondere Commission für die Creditforderung von 60 Millionen] hat noch keine Sitzung gehabt und außer der bekannten Vorlage noch keine Mittheilung über die Motive der Forderung und den Umfang des Bedarfs erhalten, ohne welche die Commission ihre Arbeiten schwerlich beginnen kann. Nach einer Aeußerung des Hrn. Finanzministers hat sich die Regierung ihre bezüglichen Schritte bis dahin vorbehalten, daß die Indemnitäts- und Creditvorlage für 1866 vom Abgeordnetenhaus genehmigt sind.

[Die freie volkswirtschaftliche Commission] des Abgeordnetenhauses war heute Vormittag zu einer Besprechung der Verordnung über die Darlehnskassen zusammengetreten; zu einem Beschluß in dieser Angelegenheit war, wie wir hören, die Commission noch nicht gelangt.

[Der Ministerpräsident Graf Bismarck] empfing am Mittwoch Abends 11 Uhr den frankfurter Bürgermeister Müller zu einer längeren Unterredung. Um 10½ Uhr Abends begaben sich die bairischen Friedens Bevollmächtigten, Minister v. d. Pfordten, Gesandter Graf Otto Bray-Steinburg u., zum Abschluß und zur Unterzeichnung der Friedensbedingungen ins auswärtige Amt. — Am Donnerstag haben sich die Bevollmächtigten verabshiedet, Abends erfolgt die Abreise nach München, da die Bevollmächtigten am Sonnabend, dem Geburtstag des Königs von Bayern, schon dort anwesend sein sollen.

[Der sächsische Minister von Friesen] conferirte schon am Donnerstag Morgens mit dem Grafen Hohenhausen und dem Geh. Legationsrath v. Zobel in Britisch Hotel, und begab sich darauf zum Geheimrath v. Savigny in das auswärtige Amt.

[Der kurhessische Minister Baron v. Baumbach] hat sich am Mittwoch Abends von hier zum Besuch des Kurfürsten nach Stettin begeben.

[Ueber die noch im Zuge befindlichen und abgeschlossenen Friedensverhandlungen] theilt die „Nordd. A. Z.“ Nachfolgendes mit: Der Friede mit Darnstadt ist noch nicht unterzeichnet und verlautet noch nichts Näheres über dessen einzelne Stipulationen, doch scheint die Frage wegen des Befähigungsrechtes in Mainz nach den Andeutungen der „Prov.-Corr.“ bereits erledigt zu sein. Mit Baiern ist der Friede am 22. unterzeichnet worden. Gemäß den Bestimmungen desselben zahlt Baiern 30 Millionen Gulden Kriegsschadigung und tritt einige Districte im nördlichen Baiern zur Regulirung der Grenze Kurheßens an Preußen ab. Die Zollvereinsverträge werden Baiern gegenüber auch ferner, aber mit schimonatlicher Kündigung ihre Gültigkeit behalten. Ueber die fernere Regelung der Zollvereinsverhältnisse und die besondere Regelung des Personen- und Güterverkehrs auf den Eisenbahnen sollen bessere Verhandlungen eröffnet werden. Die Erhebung der Schiffsabgaben auf dem Rheine wird künftig in Wegfall kommen. Mit Oesterreich sind die Friedensverhandlungen dem Abschluß nahe.

[Der Zollvereins-Vertrag vom 16. Mai 1865] und die mit demselben in Verbindung stehenden Vereinbarungen werden denjenigen deutschen Regierungen gegenüber, welche sich mit Preußen im Kriege befanden, mit einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist fortbestehen, so daß die Existenz des bisherigen Zollvereins nur zunächst für ein halbes Jahr gesichert erscheint. Die Annahme, daß Preußen nur den süddeutschen Staaten gegenüber diese beschränkte Fortdauer des Zollvereins wegen der Confluirung des norddeutschen Bundes zur Geltung bringt, ist nicht begründet. Auch Sachsen steht im Zollverein auf Kündigung, und es ist naheliegend, daß sein Verbleiben in demselben nur dann gesichert ist, wenn seine Regierung sich zu den billigen und notwendigen Forderungen Preußens nicht abweisend verhält.

[Düsseldorf, 24. Aug. (Confiscation.)] In einem Extrablatt schreibt die Redaction der „Rhein. Ztg.“: „Die heutige Nummer der „Rheinischen Zeitung“ ist während des Druckes politisch confiscirt, die Formen zu allen vier Seiten des Blattes, — sogar die Anzeigen-Seite und die Seite, welche zum größten Theile Mittheilungen über Handel und Gewerbe enthielt, sind politisch confiscirt. — Wir können deshalb unseren Abonnenten für die heute confiscirte Mittags-Ausgabe zu unserem Bedauern keinen Ersatz bieten, werden aber heute Abend wieder für pünktliche Versendung der zweiten Ausgabe sorgen können. Eine Mittheilung der Stelle oder des Artikels, welche zu der Beschlagnahme Anlaß gegeben haben, ist uns verweigert, gegen die Veranlassung einer neuen Ausgabe ist uns, wie erwähnt, durch Versiegelung der Formen vorläufig ein Hinderniß gestellt.“

Deutschland.

Frankfurt, 22. August. [Die Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika] am Hofe der Tuilerien und an dem preussischen Hofe, Herr John Bigelow und Herr Joseph Wright, trafen vor einigen Tagen in Frankfurt a. M. ein und pflogen zu wiederholten Malen Besprechungen, an welchen auch der bisher in Frankfurt a. M. beglaubigte General-Consul der Vereinigten Staaten, Herr William Murphy, theilnahm, haben aber Frankfurt bereits wieder verlassen.

Dresden, 24. Aug. [Allerhöchster Erlaß.] An die Landes-Commission ist nachstehender allerhöchster Erlaß gelangt:

„Se. Majestät der König haben mit Rücksicht darauf, daß der Staatsminister Freiherr von Friesen zur Zeit nach Berlin zu den Friedensverhandlungen abgeordnet worden, zu beschließen geruht, daß auf die Dauer der Abwesenheit desselben die Leitung des Ministeriums des Innern von dem Staatsminister Freiherrn von Falkenstein und die Leitung des Finanzministeriums von dem Staatsminister Dr. Schneider übernommen werde. Se. Majestät setzen zugleich voraus, daß die Staatsminister bei der ihnen übertragenen Geschäftsführung, so weit es in ihrer Kraft steht und in ihrem Amte liegt, Sr. königl. Majestät Intentionen gemäß und in der Hoffnung, daß ein entsprechendes Bündniß mit Preußen zu Stande kommen werde, auf ein ehrliches und freundliches Zusammengehen mit Preußen Bedacht nehmen und dadurch die Spuren eines für das Land mit großen Opfern verbundenen Krieges bald zu tilgen befreit sein werden.“

Dresden, 24. August. [Entlassung.] Wie dem „Dresd. Z.“ mitgetheilt wird, ist Herr Kreisdirector v. Burgsdorff in Leipzig durch den k. preussischen Herrn Civilcommissar v. Wurmb gestern seiner Functionen enthoben und die Leitung der dasigen kgl. Kreisdirection interimistisch Herrn Regierungsrath v. Berlespach übertragen worden.

[Von Sr. Excellenz dem Herrn Generalleuten. a. D. v. Treitschke] (früher Commandant der Festung Königsberg) wird dem „Dresd. Z.“ folgendes zur Veröffentlichung zugesandt:

Erläuterung. Obgleich fest überzeugt, gegenüber allen Diejenigen, von welchen ich persönlich gekannt bin, einer Darlegung meiner eigenen Gesinnungen gegen Se. Majestät den König Johann und dessen hohes königliches Haus nicht zu bedürfen, welchem länger als 52 Jahre nach Kräften treu gedient zu haben ich mir zur Ehre rechne und für dessen Rechte mein jüngerer Sohn gebietet — fühle ich mich dennoch bewogen zu öffentlicher Aussprache: sammt allen den Meinungen nur mit Entrüstung und tiefem Schmerze die Aeußerungen gelesen zu haben, welche mein älterer Sohn in der Schrift „die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten“ gegen dieses theure Königshaus sich gestattet hat.

Dresden, 22. August 1866.

v. Treitschke, kgl. sächs. Generalleutnant a. D.

Hannover, 24. August. [Telegraph.] Der hannoversche Civil-Commissar v. Hardenberg genehmigte im Auftrage der preussischen Regierung und in Ausführung des an Reuter's Telegraphen Compagnie in London ertheilten hannoverschen Privilegiums, die Führung einer Telegraphenleitung von Norderny via Leer, Oldenburg, Bremen, Hannover bis Harburg resp. Hamburg; an der englischen Ostküste beginnt das Kabel bei Lowestoft.

[Die Schützen-Deputation] hat sich mit der Bitte um Aushändigung der beiden 1848 weggenommenen Kanonen an den General-Gouverneur v. Voigts-Rheß gewandt und darauf folgende Antwort erhalten:

„Auf die gefällige Eingabe der wohlwollenden Deputation vom 18. d. M. beziehe ich mich ganz ergebenst zu erwidern, daß ich dieselbe dem königlichen Civil-Commissarius, Freiherrn v. Hardenberg, mit dem Auftrage übergeben habe, die dieselbe gern zugehende Rückgabe der beiden Geschütze zu vermitteln, und ich füge den Wunsch hinzu, daß die Kanonen noch lange Zeit und bei vielen Zeiten der vereinigten Schützengesellschaft benutzt werden mögen und zu deren Erhaltung beitragen. Der General-Gouverneur des Königreichs Hannover, Generalleutnant v. Voigts-Rheß.“

Aus Holsheim, 23. Aug. [Die augustenburg'schen Uniformen.] Vorgelesen ist in Altona ein bedeutendes Quantum schleswig-holsteinischer Uniformen, die dort auf Bestellung des augustenburg'schen Kriegsministeriums für die Zukunft-Armee Sr. Hoheit des regierenden Herzogs in partibus angefertigt waren und noch auf dem Schneider-Amthause lagerten, auf Befehl des Ober-Präsidiums mit Beschlag belegt worden. Der Ober-Präsident hatte zu diesem Zwecke irgend einen Beamten aus seiner nächsten Umgebung mit einem speciellen Commissarium nach Altona geschickt, da es dem Eifer der betreffenden Lokal-Behörde noch nicht hatte gelingen wollen, den sonst ziemlich allgemein bekannten Aufenthalt der verdächtigen Rüstungsgegenstände ausfindig zu machen. Uebrigens werden zweifelsohne an andern Orten noch mehrere derartige Gegenstände lagern, und sind, wie wir hören, Maßregeln ergreifen, um auch diese abzufassen. Damit wird denn dem hohen herzoglichen Kriegsministerium sicher auch der letzte Vorwand genommen sein, seinen so lange mit Ausdauer und Erfolg, aber freilich auch mit erheblichen Kosten geführten Feldzug gegen die Motten noch länger fortzusetzen.

(N. A. Z.)

Oesterreich.

Wien, 23. Aug. [Die Entlassung des Herrn v. Beust.] Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht den Wortlaut der auf die Enthebung des Freiherrn v. Beust Bezug nehmenden Documente. Das Geheiß des Freiherrn v. Beust lautet:

Allerhochseligster, allergnädigster König und Herr! Ew. Majestät geruhten auf meinen allerunterthänigsten Vortrag zu genehmigen, daß ich an den zu Berlin zu eröffnenden Friedensverhandlungen mit persönlich theilnehme. Ich hatte diese Vergünstigung mit besonderem Danke zu verehren, da ich mir dieselbe erbeten hatte, um keinen Zweifel darüber bestehen zu lassen, daß ich mich den durch die Gegenwart gebotenen schweren Aufgaben in keiner Weise zu entziehen gemeint, und zugleich bereit sei, den Versuch zu machen, im Wege unmittelbarer und offener Ansprache das, was seitens Ew. Majestät Regierung geschehen, in das wahre Licht zu stellen und durch Bekämpfung mancher unbegründeten Voraussetzung jener Verhandlung einen besseren Boden zu schaffen. Es ist indeß meine Theilnahme daran in Berlin als geleistet worden. Wie Ew. Majestät sich gnädigst erinnern, habe ich bereits am Tage der Unterzeichnung der zwischen Oesterreich und Preußen vereinbarten Friedenspräliminarien die Frage zur allerhöchsten Ermäßigung gestellt, ob da nunmehr eine Verständigung mit der königl. preussischen Regierung anzustreben sei, meine Person nicht ein Hinderniß für diese Verständigung darbieten, und auf dessen Befestigung Bedacht zu nehmen sein werde. Die obgedachte Aeußerung kann mich in jener Voraussetzung nur bestärken und ich halte es daher für eine Ew. Majestät und dem Lande schuldige Pflicht, meine allerunterthänigste Entlassung Ew. Majestät zu fassen zu legen, so unendlich schmerzhaft es mir gerade unter den jetzigen Umständen sein muß, mich dem Dienste Ew. Majestät zu entziehen. Es ist eine mehr als siebenjährige ministerielle Thätigkeit, die hiermit ihren Abschluß findet. Ihr Anfang war gleich ihrem Ende durch eine tiefgehende Erschütterung unserer öffentlichen Verhältnisse bezeichnet. Ich weiß mich frei von dem Vorwurfe, als habe ich die eine wie die andere verschuldet, sondern trage das Bewußtsein in mir, beiden gegenüber nur in Uebereinstimmung mit den Grundfäden und Gefühlen meines Herrn und Königs ohne Scheu das Recht vertheidigt und meine Pflicht gethan zu haben. Möchten Ew. Majestät geruhen, mich in Gnaden zu entlassen und der Verhinderung Glauben schenken, daß ich, eingebend des hohen Glückes, unter Ew. Majestät Leitung dem Vaterlande meine Kräfte haben weihen zu dürfen, auch ferner befreit sein werde, mich der mir zu Theil gewordenen vielfachen und unergiebigen Beweise von Vertrauen und Nachsicht würdig zu zeigen. In tieffter Ehrfurcht Ew. Majestät allerunterthänigst geborsamster (gez.) Frd. Freiherr v. Beust. Wien, den 15. August 1866.

Der König von Sachsen hat auf dieses Schreiben mit nachstehenden Worten erwidert:

Lieber Staatsminister Freiherr v. Beust! Am gestrigen Abende habe ich Ihr Entlassungsgeheiß von Ihren bisherigen Functionen erhalten und erkenne



